

# Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden, Aden & Comp., Nr. 1908.

## Organ für das werktätige Volk

Hauptredaktion: Gebr. Arnold, Dresden und Edl. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Fringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit“ und „Voll und Zeit“ für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Telefon 25 361. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Telefon 25 361. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreis: die 20 mm breite Kompatillezeile 30 Goldpf., die 90 mm breite Reklamazeile 150 Goldpf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Goldpf., Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefbelegung 10 Goldpf.

Nr. 7

Dresden, Freitag den 9. Januar 1925

36. Jahrg.

## Handelskrieg mit Frankreich

SPD. Berlin, 9. Januar. (Eig. Rundfunk.) Das Reichskabinett kam in seiner Donnerstagssitzung nach dem Bericht des Staatssekretärs Trendelenburg zu dem Beschluß, daß der von Frankreich vorgeschlagene provisorische Handelsvertragsentwurf nicht angenommen werden soll. Trendelenburg hat sich nach dem Bericht am Donnerstagabend nach Paris zurückgegeben, um die Verhandlungen weiterzuführen. Durch den gestrigen Beschluß des Reichstagsnetto ist die Tatsache gegeben, daß vom 11. Januar an gegenüber Frankreich handelspolitisch der vertraglose Zustand eintritt. Von deutscher Seite aus wird dann ebenso, wie es bisher von französischer Seite der Fall war, der autonome Zolltarif in Kraft treten und alle Sondervergütungen werden fortfallen.

Bis zum 10. Januar war Deutschland an die Verordnung gebunden, die ihm die Entente für die Handelspolitik auferlegt hatten. Frankreich konnte seinen autonomen Zolltarif einfach Deutschland gegenüber durchzuführen, genoss auch sonst alle Vorteile, vor allem in bezug auf das Eisen. Da trotz aller Bemühungen ein Handelsvertrag bis zum 10. Januar nicht abschließend zu erreichen war, forderte Frankreich ein Provisorium, das aber einen ganzen Zolltarif enthielt und noch ein Vierteljahr automatisch weiterlaufen sollte. Das hat die deutsche Regierung abgelehnt. Es wird nun weiter verhandelt, um recht bald zu einem endgültigen Vertrag zu kommen, aber inzwischen ist vom 11. Januar an der vertraglose Zustand ein. Da behandeln die beiden Mächte ihren Handelsverkehr selbständig und wenden einen autonomen Zolltarif an. Welche praktischen Wirkungen und Folgen dieser Zustand auslösen wird, läßt sich schwer voraussagen. Es kommt sehr auf die Tendenz an, die die neue Reichsregierung grundlegend beherrschend wird — und dann auch auf die Art der Ausschichten der weiter zu führenden Verhandlungen. Es muß erwartet werden, daß die Verhandlungen in sachlichem Geiste und mit dem Ziele einer zufriedenstellenden Verständigung geführt werden. Eine Vergeltungs- und Desperatopolitik dürfte sich gerade am Wirtschaftsleben am schwersten rächen.

### Es wird weiter verhandelt

P. Paris, 8. Januar. (Eig. Draht.) Der Handelsminister hat am Donnerstag im Ministerrat dessen Mitteilung gemacht, daß der Vorsitzende der deutschen Delegation für die Handelsvertragsverhandlungen, Staatssekretär Trendelenburg, am Frei-

tag wieder in Paris zurück sein wird, um die Verhandlungen fortzusetzen. Der Handelsminister hat den Ministerrat weiterhin davon in Kenntnis gesetzt, daß zwischen der deutschen und der italienischen Regierung sodann ein Modus-vivendi-Abkommen auf der Grundlage gegenseitiger Reziprozität zustande gekommen sei. Ein Abkommen dieser Art sei für Frankreich nicht annehmbar, da sich die französische Zollgesetzgebung der Reziprozität ausdrücklich widersetze und der Abschluß eines Wirtschaftsvertrags auf dieser Grundlage in Frankreich aller Voraussicht nach eine schwere Produktionskrise zur Folge haben werde.

Die Besprechungen der Bevollmächtigten werden Freitag und Sonnabend fortgesetzt.

## Abrechnung der Ruhrbesetzung

P. Paris, 8. Januar. (Eig. Draht.) Die Information veröffentlicht am Donnerstagabend die von den französischen Besatzungsbehörden ausgearbeitete Bilanz über Einnahmen und Ausgaben der Ruhrbesetzung für die Zeit vom 11. Januar 1923 bis 1. September 1924. An Einnahmen sind darin aufgeführt: 45,5 Millionen aus Beschlagnahmungen von Bargeld und Strafen, 438,4 Millionen aus Naturalieferungen, 129 Millionen aus der Kohlensteuer, 103 Millionen aus den Zöllen, 101 Millionen aus den Ausfuhrbewilligungen, 27 Millionen aus den staatlichen Fortschritten und 67 Millionen aus den Uebererträgen der Eisenbahnverträge. Die sieben Gesamteinnahmen in der Höhe von 719,9 Millionen Goldmark gegenüberstehenden Ausgaben im Betrage von 184 Millionen. Die Ausgaben sind folgende: allgemeine Erhebungs- und Verwaltungskosten 16 Millionen, Kosten des Betriebes der beschlagnahmten Zechen und Werksanlagen sowie Kosten der Kohlenverladung 64 Millionen, Kosten der militärischen Besetzung 114 Millionen, davon 85 Millionen für Frankreich und 29 Millionen für Belgien. Bei den Ausgaben ist bisher nur die Berechnung Frankreichs und Belgiens, die eigentlichen Erhebungs- und Verwaltungskosten in Höhe von 16 Millionen in Abzug zu bringen, anerkannt worden. England und Italien vertreten beständig den Standpunkt, daß Frankreich und Belgien andererseits höchstens ein Anrecht auf Erstattung der Mehrkosten haben, die die Unterbringung der Truppen im Ruhrgebiet verursacht hat und die etwa 50 Millionen für Frankreich und 10 Millionen für Belgien betragen würden. Dagegen soll England die Verrechnung dieser betraglichen Ausgaben nur auf die Sachleistungen zulassen, so daß die im Ruhrgebiet erzielten Vereinnahmungen zur Abdeckung der belgischen Vorrechte verfügbar wären. Dagegen protestiert vor allem Frankreich, daß bei einer solchen Regelung geringere Beträge, die von ihm einbehaltenen Beträge an Belgien abzuführen.

festen Ueberzeugung, daß er ehrlich gewillt ist, eine überparteiliche Regierung zu bilden, und zwar im wesentlichen durch Vererbung von deutschen nationalen Persönlichkeiten in das bisherige Kabinett. Also den kaum verhüllten Bürgerblock. Die Sozialdemokratie wird in diesem Falle selbstverständlich dafür sorgen, daß die Schiefler gerichtet werden.

## Sozialdemokratische Beamtenpolitik

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat zur Besoldungsfrage folgenden Antrag gestellt: 1. Der Reichstag erklärt sich mit der durch die Verordnung über die Gewährung von Zulagen zum Grundgehalt sowie zu den Ankerzulagen und zum Freuzulagen vom 25. November 1924\* ausgearbeiteten Regelung der Bezüge der Reichsbeamten nicht einverstanden; 2. es ist sofort der Entwurf eines Gesetzes über eine weitere Ergänzung des Besoldungsgesetzes mit dem Ziel einer grundlegenden Neuordnung der Besoldung und ausreichenden Wemessung der Gehälter der unteren und mittleren Gruppen vorzulegen. Für die Arbeiter und Angestellten des Reichs sind die notwendigen Besoldungen zu ziehen.

Im Zusammenhang mit der Besoldungsfrage wird die Forderung auch die von der Regierung eigenmächtig vorgenommene Erhebung des Deckungslohns durch das Wohnungsgeld und die Frage des neuen Ortslohnverhältnisses, die ja auch für die Kriegsbeschädigten usw. von größtem Interesse ist, zur Sprache bringen. Die Stellung der notwendigen Anträge in diesen Angelegenheiten hat sich die Fraktion noch vorbehalten.

Ferner verlangt die Fraktion, daß die Personal-Abbauverordnung mit allen Nachträgen sofort aufzuheben ist. Will die Regierung die in der Abbauregung enthaltenen Dauerbestimmungen aufrechterhalten wissen, so mag sie dem Reichstag einen entsprechenden Gesetzentwurf zur Beschlußfassung vorlegen. Mit dieser Forderung wird nicht zuletzt der Zweck verfolgt, daß mit der Aufhebung der Abbauregung auch ihr Name ins Grab sinkt.

Kuhndem hat die Fraktion einen Gesetzentwurf über die Aufhebung des Besoldungsgesetzes vorgelegt, das durchaus überflüssig erscheint, nachdem Länder und Gemeinden ihre finanzielle Selbstständigkeit wiedererlangt haben.

In einem besonderen Antrag ist weiterhin die Forderung nach unbeschränkter Aufhebung der Verordnung über die neu-fürdige Arbeitszeit in den Reichsbetrieben und Reichsbetrieben, die Wiedereinführung des Achtstundentages und die Verlegung eines Gesetzentwurfes über die Regelung der Dienstzeit der Reichsbeamten erhoben worden. Weitere Anträge betreffen schließlich die Wiedergewährung des ungezügten Urlaubs an die Beamten, Arbeiter und Angestellten des Reichs und die Vorlage von Entwürfen über ein neues Reichsbeamtengesetz, ein Gesetz über Beamtenämter, eine Dienststrafordnung für Reichsbeamte, eine Krankenversicherung für Reichsbeamte und ein Gesetz über die Einbeziehung der aktiven Reichsbeamten in die für abgetretene Beamte geschaffene Siedlungsverordnung.

## Was Köln sagt

Die Nationalisten sind am Werke, aus dem Kölner Streit neue Völkerkonflikte entstehen zu lassen. Wir haben diese Gefahren in unserem gefrigen Leitartikel gekennzeichnet und bringen heute eine Schilderung, die die Auffassung unserer rheinischen Genossen wieder spiegelt.

Aus Köln wird uns geschrieben:

Am kommenden Sonntag werden alle in Köln vertretenen Parteien die Bevölkerung zu großen Einspruchsforderungen gegen die Verlängerung der Besetzung aufrufen. Eine gemeinsame Kundgebung ist nicht zustande gekommen. Die Sozialdemokratie hat abgelehnt, mit Parteien zu demonstrieren, die ihr seit Monaten Unzuverlässigkeit in nationalen Fragen vorwerfen. Die Sozialdemokratie hält gemeinsame Kundgebungen auch deshalb für verfehlt, weil sie nicht den Eindruck auskommen lassen will, als habe sie ungenötigt mit den Deutschnationalen und dem führenden Parteigenossen der Volkspartei im Rheinland, der Kölnischen Zeitung, etwas gemein. Dabei muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß Deutschnationale und Deutsche Volkspartei in der Kölner Zone wie auch im übrigen besetzten Gebiet nur von geringer Bedeutung sind. In der Kölner Zone liegt die politische Führung der Massen in Stadt und Land bei der Zentrumspartei und bei der Sozialdemokratie. Gegenüber den aufgeregten und bis zu Schanzereien sich steigenden nationalistischen Stimmen aus dem Reich ist zu sagen, daß die Bevölkerung des Kölner Bezirks und des übrigen besetzten Gebiets die Räumungsfrage mit ruhiger Entschlossenheit und fester Würde behandelt. Dabei sind wir nicht geneigt, von Deutschlands Rechten etwas aufzugeben. Die Kölner Sozialdemokratie war die erste Partei, die von dem Kölner Oberbürgermeister den Zusammentritt der Stadtverordnetenversammlung zu einer Einspruchsforderung verlangt hat. Diese Tagung der Stadtverordneten wird noch im Laufe dieser Woche stattfinden.

Die öffentliche Meinung im Rheinland, und nicht in der Arbeiterklasse, empfindet die Begründung der Räumung Kölns durch die Alliierten als eine der im Diplomatenspiel üblichen Heucheleien. Uns, die wir täglich die gewaltigen militärischen Kräfte der Entente vor uns sehen, uns, denen man immer wieder in Paraden und Übungen die Bereitschaft der fremden Militärmächte vorführt, uns, die wir jahrelang beobachtet haben, wie man das besetzte Gebiet zu einem Anmarschgelände umwandelt, kann man nicht einreden, daß sich Frankreich, England und Belgien in der Tat gegenwärtig von deutschen Rüstungen bedroht fühlen. Es würde aber im Rheinland, und zwar nicht nur bei der Sozialdemokratie, sondern ebenso sehr in den Zentrumskreisen und bei weit in die Parteien der Rechten große Entrüstung erregen, wenn sich die Behauptungen der Alliierten über ein Arriumpersystem der Reichswehr, über nennenswerte Waffenlager und über Vertöße in der Herstellung von Kriegsmaterial bewahrheiten sollten. Nicht, weil wir diese Spielereien für eine ernste Bedrohung Westeuropas halten, sondern weil diese Dummheiten den willkommenen Anlaß zu einer Verlängerung der Besetzung abgeben. Ist genug haben wir vor solchen militärisch wertlosen und politisch unnützlich dummen Maßnahmen gewarnt, die nur zum Unheil der besetzten Gebiete ausschlagen müssen. Kein Bevölkerungssteil im Rheinland, die Deutschnationalen eingeschlossen, verpönt Luft, sein Land und seine Arbeitsstätten zu einem Befreiungskrieg herzugeben, und schon die Phantasien eines solchen Wahnsinns sind uns zuwider. Nicht geringen Eindruck haben die Enthüllungen des britischen Generals Morgan über seine Beobachtungen als Kontrolloffizier in Deutschland gemacht. Man erwartet, daß die Reichsregierung diese Behauptungen schnell und überzeugend widerlegt. Ueberhaupt würden wir es dankbar empfinden, wenn die deutsche Außenpolitik im Einklang mit dem Reichswehrministerium allen Nachrichten über deutsche Rüstungen rascher und klarer entgegenzutreten würde als bisher. Wir hoffen, daß sie es überzeugend kann.

Das Wichtigste für uns aber sind nicht Beschuldigungen auf der einen und Protestnoten auf der anderen Seite, auch nicht völkerrechtliche Diskussionen über die Auslegung des Versailler Vertrages, sondern wir fragen die Reichsregierung:

„Wie könnt ihr uns am schnellsten von der Besetzung befreien?“

Da haben wir nun nicht recht den Glauben, daß dies auf die bisherige Art so bald möglich ist, wie wir wünschen. Wenn die andern heucheln, bei der völkerrechtlichen Schwäche ihres Standpunktes vielleicht heucheln müssen, brauchen wir es doch nicht zu tun. Wir meinen, gerade diesmal wäre die deutsche Stellung am stärksten, wenn die Regierung über die Tagesprobleme hinaus Politik triebe auf dem Boden lauterer Wahrheit. Dazu gehört zuerst, daß sie entweder die Beschuldigungen über militärische Vorbereitungen überzeugend widerlegt oder schneidestills und ohne Winkelzüge alles preisgibt, was gegen die nun einmündig vorhandenen Vertragsbestimmungen über militärische Vorbereitungen überzeugend widerlegt oder schneidestills und ohne Winkelzüge alles preisgibt, was gegen die nun einmündig vorhandenen Vertragsbestimmungen wirklich verstößt. Dazu gehört ferner, daß die Reichsregierung ausgeht von dem, was im Rheinland seit Monaten jedes Kind sich sagt: Die Kölner Zone wird, wie Tatsachen und Machtverhältnisse nun einmal liegen, nicht eher geräumt werden, als die

## Der verhüllte Bürgerblock?

Noch keine Lösung

SPD. Die Regierungskreise im Reich hat am Donnerstag entgegen allen Erwartungen ebenfalls keine Lösung erfahren. Reichskanzler Dr. Marx, der von dem Reichspräsidenten namentlich im Hinblick auf die außenpolitische Lage ermahnt worden war, beschleunigt ein Kabinett zusammenzustellen, hat am Donnerstag sowohl mit einem Teil der Parteiführer als auch mit Kandidaten, die für ein Kabinett aus Zentrum und Demokraten unter Mitwirkung der Staatssekretäre in Frage kommen, verhandelt. Er stieß dabei insofern auf Schwierigkeiten, als der Reichsfinanzminister Dr. Lütke und der Ernährungsminister v. Kanitz es ablehnten, sich an einem Kabinett auf der geplanten Grundlage zu beteiligen. Sie erklärten, daß für sie nur eine Regierung mit direkter Beteiligung oder positiver Unterstützung der Volkspartei in Frage kommen könne. Es kann gar keinen Zweifel unterliegen, daß diese Erklärungen auf den Einfluß Stresemanns beruhen. Ihm fällt der Abschied bitter schwer und deshalb ließ er am Donnerstag eine Rede nach der anderen springen. Auch der Reichsarbeitsminister Dr. Braun machte Schwierigkeiten und gab der Auflösung Ausdruck, daß die Sozialdemokratie mit der Bildung der Regierung beauftragt werden sollte. Der Reichskanzler berichtete am Abend seiner Fraktion, ohne daß diese einen Beschluß faßte. Gegen 7½ Uhr begab er sich zum Reichspräsidenten, um Bericht zu erstatten.

Auf Grund der Aussprache, die der Reichskanzler mit dem Reichspräsidenten hatte, wird Dr. Marx am Freitag vormittag seine Bemühungen zur Bildung einer Regierung fortsetzen. Es verlautet, daß Graf Kanitz und der Reichsfinanzminister Dr. Lütke ihren Widerstand im Verlauf einer erneuten Rücksprache mit dem Reichskanzler aufgegeben haben, so daß am Donnerstagabend gegen 9 Uhr die Bildung einer Regierung Marx auf der geplanten Grundlage von amtlicher Seite für Freitag in Aussicht gestellt wurde. Was aber wird, wenn Herr Stresemann sich bei diesen Herren wieder einmal bemerkbar macht? Warten wir ab!

Berlin, 9. Januar. (Eig. Rundfunk.) Die beiden großparteilichen Parteien rechnen schon damit, daß ihre Kreisversammlungen gegen Marx Erfolg haben werden. Die Kreisversammlungen und die Zeit pochen auf ein Kabinett Dr. Lütke. Die Zeit wendet sich entschieden gegen den Plan, ein Ministerkabinett zu bilden. Sie rechnet darauf, daß heute der Auftrag der Regierungsbildung an Dr. Lütke gegeben wird: „Diese Wahl wurde allgemein für durchaus glücklich gehalten. Bei den bisherigen Verhandlungen hat es sich als hinderlich erwiesen, daß der Mann, der mit der Bildung der überparteilichen Regierung betraut wurde, parteipolitisch so eng gebunden war, wie Herr Marx.“ Dann leitet sich die Zeit den Weg: „Bei Dr. Lütke hat man von vornherein die